

Medienspiegel Woche 17 / 2017



Inhalt

St.Gallen / Thurgau / Frühfremdsprachen / Noten / Monitoring / Kantonsrat / Didaktik

Tagblatt, 26. April 2017

[Die halben Noten bleiben](#) 1

Kantonsrat SG, 25.04.2017

[Die Schuldebatten in der Aprilsession](#) 1

Tagblatt, 24.4.2017

[Fremdsprachen: Der Deutschunterricht kommt zu kurz](#) 2

Tagblatt, 24.4.2017

[Die anderen Fächer kommen zu kurz](#) 2

Tagblatt, 29. April 2017

[Eine Chance für das Frühfranzösisch](#) 3

Tagblatt, 26. April 2017

[Mit oder ohne Frühfranzösisch wird es schwierig](#) 5

Walcher René / Integration / Kleinklassen / HSG / Thielemann Ulrich / Wirtschaftsethik / Disruptive

Tagblatt, 26. April 2017

[«Lehrer sind die Leidtragenden»](#) 7

Tagblatt, 27. April 2017

[«Wie ein Ausbildungscamp für Manager»](#) 8

Graubünden / Initiative / Klasse Marlies / Kompetenzorientierung / Humanismus / Aebersold Peter

Südstoschweiz, 28.04.2017

[Das spricht für und gegen den Lehrplan 21](#) 10

Schule Schweiz, 28. April 2017

[Elterninformation Kanton Schwyz](#) 10

Mehr Kurioses vom 27.4.2017

[Schüler sollen im See schwimmen lernen](#) 10

Schule Schweiz, 23. April 2017

[Kompetenzorientierung ist Gegenteil von humanistischer Bildung](#) 11

Solothurn / Initiative / Abstimmung / Kompetenzen / Lehrplan 21 / SOL

Grenchner Tagblatt, 27.4.2017

[Lehrplan 21 «wird nicht das Ei des Kolumbus sein»](#) 12

soaktuell.ch, 28.4.2017

[Lehrplan 21: Verflechtung von Wissen und Kompetenz](#) 14

Starke Volksschule Bern, 7. April 2017

[Einführung des Lehrplanes 21 in den bernischen Schulen – Offene Fragen aus der Praxis](#) 15

Zürich / Frühfremdsprachen / Lehrer / Initiative / Amstutz Hanspeter

Komitee «Lehrplan vors Volk», 30.4.2017

[Newsletter](#) 17

BÜRGER
für Bürger www.freie-meinung.ch

Lirum larum Löffelstiel

Sprechen, Lesen, Schreiben, Lehrmittel

Info-Veranstaltung zum Thema
Früh-Fremdsprachen – Was macht denn Sinn?

Wie Kinder die Sprache lernen



Dr. Barbara Müller Gächter
Sprachen-Expertin und Logopädin

Samstag, 20. Mai 2017
10:00 bis 12:30 Uhr
Gasthof „zum Höfli“
Ländstrasse 26
8112 Otelfingen

Buchreihe *Lirum larum Löffelstiel*
Einführer der deutschsprachigen Schweiz
im 20. Jahrhundert
Alte Schule
contra neue Pädagogik!



Aktuelle Veranstaltung

«Früh-Fremdsprachen – Was macht denn Sinn?»

Sprachen-Expertin und Logopädin Dr. Barbara Müller Gächter

Samstag, 20. Mai 2017, 10.00 - 12.30 Uhr

Gasthof „zum Höfli“, 8112 Otelfingen

Einladung

Die halben Noten bleiben

Der Kantonsrat will halbe Noten in den Zeugnissen nicht abschaffen. Die Schulen der Stadt St. Gallen müssen damit wieder zu halben Noten zurückkehren.

Sina Bühler

Mit einem Nachtrag zum Volksschulgesetz verfügt der Kantonsrat, dass die Leistungen der Schülerinnen und Schüler mit halben und ganzen Noten bewertet werden müssen. Hintergrund der Gesetzesänderung ist eine Motion der SVP-Fraktion. Diese befürchtete, dass bei der Einführung des Lehrplans 21 bald die Zeugnisnoten abgeschafft und durch «schwammige und schwer zu interpretierende Kommentare in Form von Wortzeugnissen» ersetzt würden. Nur die FDP wollte gestern nicht auf die Vorlage eintreten. Sie war der Ansicht, die Noten der einzelnen Volksschulen seien ohnehin nicht vergleichbar, und wollte zusätzliche Bewertungsmöglichkeiten festlegen. Das neue Gesetz führt kaum zu Veränderungen – ausser in der Stadt St. Gallen. Deren Schulen haben erst im September 2016 ein neues Notensystem eingeführt, bei dem auf die halben Noten verzichtet wird. Ein Antrag der SVP, die Bandbreite dieser Noten zwischen 1 und 6 festzulegen, wurde als überflüssig abgelehnt – es stehe schon so in der Verordnung.

Bei der Frühförderung genauer hinschauen

Der Bericht zum Monitoring und der Strukturentwicklung im Schulwesen beruht auf zwei Postulaten aus den Jahren 2006 und 2010, was ihm einige Kritik einbrachte. Die Regierung verteidigte sich damit, dass ein schneller verfasster Bericht keinen Sinn gemacht hätte: Die zu analysierenden Bildungsstrukturen seien während dieser zehn Jahre massiv geändert worden. Der Kantonsrat nahm den Bericht zur Kenntnis und folgte zwei Anträgen der vorberatenden Kommission. Sie will die Zuständigkeiten in der Frühförderung überprüfen und allenfalls bündeln und verlangte, dass die Bildungskosten aufgearbeitet und mit anderen Kantonen verglichen werden.

Die vorberatende Kommission hatte auch eine Motion ausgearbeitet, die verlangte, dass der Erziehungsrat neu «Bildungsrat» heisse und nicht mehr von der Regierung, sondern vom Kantonsrat gewählt werde. Die Motion war allerdings erst Ende März eingereicht worden und konnte daher noch nicht beraten werden – die Antwort der Regierung steht noch aus.

Englisch und Französisch sollen bleiben

Der Bericht zu Fremdsprachen an der Volksschule wurde ebenfalls zur Kenntnis genommen. Demnach überfordert der Fremdsprachenunterricht die Schülerinnen und Schüler nicht mehr als andere Fachbereiche. Der Französischunterricht sei aber selbst bei den entsprechenden Lehrpersonen eher unbeliebt – deswegen werde auch dessen Sinn angezweifelt. Die Regierung empfiehlt, dort anzusetzen und die Lehrkräfte mit modernen Lehrmitteln sowie bei der Unterrichtsorganisation und der Weiterbildung zu unterstützen.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/Die-halben-Noten-bleiben;art120094,4965378>

Die Schuldebatten in der Aprilsession des Kantonsrates, 25.04.2017

nachlesen (Text) und nachhören (Audio)

Fremdsprachen:

<https://www.ratsinfo.sg.ch/content/ris/home/mitglieder/mitglieder-nach-alphabet.geschaeftdetail.html?geschaeftid=1B4EF033-F95A-4AAF-BEAC-9E36789DEA2D&ziel=1>

Noten:

<https://www.ratsinfo.sg.ch/content/ris/home/mitglieder/mitglieder-nach-alphabet.geschaeftdetail.html?geschaeftid=EAA3B57B-DB82-4661-8F25-2EDE8C7ED92C&ziel=1/>

Musikschule:

<https://www.ratsinfo.sg.ch/content/ris/home/mitglieder/mitglieder-nach-alphabet.geschaeftdetail.html?geschaeftid=183D473C-B146-4AA8-BEFF-9FEE88C5C1FE&ziel=1/>

Tagblatt, 24.4.2017

Fremdsprachen: Der Deutschunterricht kommt zu kurz

Ausgabe vom 8. April

An der Session des St.Galler Kantonsrates wird die Legislative ein weiteres Mal über Bildungsfragen debattieren und abstimmen. In einem Postulat fordern fünf Kantonsräte mit 70 Mitunterzeichnern die Regierung auf, eine allfällige Überforderung der Schüler durch zwei Fremdsprachen in der Primarschule zu prüfen. In einem fast 50-seitigen Bericht der Regierung findet der aufmerksame Leser kaum Antworten auf die gestellten Fragen. Es werden eigene, nicht repräsentative Umfragen erwähnt, während grosse, seriöse, sehr aussagekräftige Langzeitstudien (zum Beispiel Pfenninger, Uni Zürich 2014) wohl wegen nicht genehmer Ergebnisse nicht erwähnt werden. Die vorberatende Kommission des Kantonsrates hatte diese Fakten zur Hand, ist aber aus nicht nachvollziehbaren Gründen mehrheitlich nicht darauf eingegangen. Im ganzen Land ist bekannt, dass ein erfolgreiches Lernen von Fremdsprachen davon abhängt, dass die Erst- oder Muttersprache möglichst gut beherrscht wird. Dies ist am Ende der zweiten Klasse bei weitem nicht gegeben. Es ist auch Tatsache, dass die Kinder an der Oberstufe, mit guten Deutschkenntnissen im Rucksack, in viel kürzerer Zeit viel mehr erreichen. Der Zürcher Lehrerverband wehrt sich für nur eine Fremdsprache auf Primarstufe. Die vorberatende Kommission im Kanton Thurgau hat dies auch erkannt und den Mut aufgebracht, ihrem Kantonsrat eine entsprechende Empfehlung abzugeben. Ermutigen wir unsere Kantonsräte, mit Blick auf die Kinder, eine der beiden Fremdsprachen entschieden auf die Oberstufe zu verschieben. Allein schon aus finanziellen Überlegungen, was für viele ausschlaggebend ist, müsste man sich für eine Fremdsprache entscheiden – diese dafür aber richtig lernen.

Heinz Herzog

Tagblatt, 24.4.2017

Die anderen Fächer kommen zu kurz

Viel Aufwand und wenig Ertrag beim Fremdsprachenlernen in der Primarschule. Nicht nur im Thurgau, sondern auch in den Kantonen St.Gallen und Zürich sprechen sich die Lehrer eindeutig gegen zwei Frühfremdsprachen in der Primarschule aus. Nach mehreren Jahren Erfahrung mit diesem von der EDK aufgezwungenen Konzept ist festzustellen, dass die Nachteile stark überwiegen: Durch den fremdsprachenlastigen Unterricht kommen die anderen Fächer zu kurz, vor allem der Deutschunterricht. Leidtragende sind besonders Kinder aus fremdsprachigen Familien. Ein beträchtlicher Teil auch der Schweizer Kinder ist überfordert und benötigt teure Sondermassnahmen. Fremdsprachen sollen gelernt werden, aber zum richtigen Zeitpunkt, wenn die Kinder in ihrer Muttersprache Deutsch schon gute Sprachstrukturen erworben haben, die ihnen auch das Fremdsprachenlernen erleichtern. Die Sprachwissenschaftlerin Simone Pfenninger hat in ihrer Langzeitstudie mit Zürcher Schülern nachgewiesen, dass Fremdsprachen in der Oberstufe effizienter gelernt werden können, so dass ein Vorsprung von vier Jahren Primarschulenglisch von den meisten Schülern, die erst in der Oberstufe mit Englisch begonnen hatten, innerhalb eines halben Jahres aufgeholt werden konnte. Eine Harmonisierung in der Ostschweiz mit der Verschiebung der zweiten Fremdsprache auf die Oberstufe (welche von beiden, ist letztlich zweit-rangig) wäre ein Gewinn für Kinder, Lehrer und Lehrbetriebe.

Gisela Liebe

<https://www.tagblatt.ch/meta/epaper/epa5822,24252,,16>

Tagblatt, 26. April 2017

Eine Chance für das Frühfranzösisch

THURGAU · Kommissionspräsident Urs Schrepfer hält eine Kehrtwende des Grossen Rats im Sprachenstreit für möglich. Die Bedingung ist eine verbindliche Zusage für einen besseren Französischunterricht an der Primarschule.

Thomas Wunderlin

Urs Schrepfer gehört zu den sechs Thurgauer Kantonsräten, die 2013 eine Motion zur Abschaffung des Französischunterrichts an der Primarschule eingereicht hatten. Nächste Woche befasst sich der Grosse Rat nochmals mit dem Geschäft. Dem SVP-Kantonsrat aus Busswil kommt dabei als Kommissionspräsident eine entscheidende Rolle zu.

Die Kommission hat sich mit neun zu fünf Stimmen gegen Frühfranzösisch ausgesprochen. Schrepfer kann sich aber vorstellen, dass der Grosse Rat anders entscheidet. Er persönlich würde jedenfalls unter bestimmten Bedingungen auf eine Abschaffung verzichten: «Der Regierungsrat muss verbindliche Zusagen für eine Verbesserung des Französischunterrichts an der Primarschule machen.»

SVP-Erziehungsdirektorin Monika Knill hatte bereits an einer Kommissionssitzung aufgezeigt, in welche Richtung es gehen könnte. Die von ihr präsentierten Massnahmen sind auf ihren Wunsch mit dem Kommissionsbericht veröffentlicht worden. Der wichtigste Punkt ist für Schrepfer: «Der Halbklassenunterricht muss möglich und verbindlich sein. Dafür muss eine zusätzliche Lektion gesprochen werden.» Fünft- und Sechstklässler sollen von ihren zwei Wochenlektionen mindestens eine in der Halbklassen erhalten. Die Schulen sollen diese zusätzliche Lektion nicht für etwas anderes als Französisch einsetzen dürfen. Weitere erwünschte Massnahmen sind für Schrepfer Sprachtage, Sprachinseln und immersiver Unterricht. Die Kommission habe über die Massnahmen nicht vertieft diskutieren wollen. Die richtigen Ansprechpartner seien die Fachleute; dazu zählt er vor allem Bildung Thurgau.

Grundsätzlicher Befürworter des Sprachenlernens

Schrepfer, Jahrgang 1971, sitzt seit 2012 im Kantonsparlament. Hauptberuflich arbeitet er als Schulleiter in Wängi; ausserdem ist er Schulpräsident von Sirmach. Er betont, dass er «immer ein Befürworter des Sprachenlernens» war. An der Schweizerschule im mexikanischen Guernavaca erteilte er selber immersiven Unterricht in Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und Sport: Die Schüler hatten Spanisch als Muttersprache, der Unterricht fand auf Deutsch statt. Am Anfang der jetzigen Diskussion stand laut Schrepfer die «Unzufriedenheit mit dem jetzigen Zustand» des Französischunterrichts an der Primarschule. Eher überraschend sei gewesen, dass die Motion im Grossen Rat eine Mehrheit gefunden habe.

Die vorgeschlagene Umsetzung ist für Schrepfer auch ein Grund, weshalb er inzwischen seine Haltung überdenkt. «Die Stundentafeln ohne Frühfranzösisch sind so entworfen worden, dass auch ich mir überlegen muss, nein, dann lieber Frühfranzösisch.» Das Erziehungsdepartement wollte den Französischunterricht an der Sekundarschule ausbauen und den Sekundarschülern die Abwahl des Fachs Französisch erst am Ende der zweiten Klasse gestatten. Bisher dürfen sie am Ende der ersten Klasse Adieu sagen. Tatsächlich nutzt ein Drittel der Thurgauer Sekundarschüler diese Möglichkeit. «Das ist gut so», sagt Schrepfer, «sie wollen diese Zeit lieber für andere Fächer verwenden.» Doch man müsse sich vor Augen halten, was das bedeute: «Auch mit Frühfranzösisch erreicht heute schon ein Drittel der Schüler die Grundkompetenz in Französisch nicht.»

Das Drittel der Schüler, die bisher Ende der ersten Sekundarschulklasse Französisch abwählten, würde laut Schrepfer «massiv leiden». Sie würden gezwungen, Französisch ein Jahr länger zu

besuchen. Dabei müssten nur 400 von 1900 Thurgauer Berufsschülern das Fach Französisch zwingend belegen.

Was in der Diskussion bisher auch kaum beachtet worden sei: Der Englischunterricht an der Sekundarschule wird so oder so um eine Lektion abgebaut. «Das ist ein anderer Ärger.»

4 Leserkommentare



26.04.2017 10:46

Lange Zeit waren die meisten Lehrer und Personen aus dem Bildungswesen-Bildungsindustrie (über die Parteigrenzen hinweg) für 2-Frühfremdsprachen und für LP21 (wenn nicht haben sie sich nicht geäußert dazu). In letzter Zeit sind aber viele zu Contra gekippt, insbesondere viele Lehrerverbände in vielen Kantonen äussern sich heute endlich gegen 2-Frühfremdsprachen in der Primar. Danke! Leider ist das bei den Politikern noch nicht angekommen, oder die wollen das nicht wahr haben.

amul



26.04.2017 10:40

Der Profilierungswille eines SVP-Mitgliedes führt zu Gedächtnisverlust und ganz offensichtlich eingeschränktem Beurteilungsvermögen. Urs Schrepfer hat schlicht und einfach vergessen, weshalb die Frühfranzösisch-Diskussion überhaupt gestartet wurde: In erster Linie auf Grund ungenügender Deutschkompetenz der Schulabgänger, mangelnder naturwissenschaftlicher Kenntnisse und der Einsicht, dass Werken auf Primarschulstufe ganz entscheidend ist und nicht abgebaut werden soll. Auch mit dem Modell Schrepfer bleibt das Hauptübel, die Verzettelung der Kräfte mit zwei Fremdsprachen in der Primarschule, bestehen! Mit seiner propagierten Beibehaltung der Abwahl des Französisch nach der 1. Sekundarklasse werden die wenigen Französischkenntnisse aus der Primarschule gleich weggespült und verhindern die Forderungen des Sprachengesetzes: Die Kinder sollen am Ende der Volksschulzeit über gute Kenntnisse in der Muttersprache und in einer zweiten Landessprache verfügen.

mutter



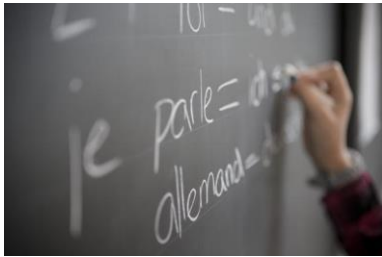
26.04.2017 08:04

Unverständlich, warum ein SVP'ler den Lehrerverbänden in den Rücken fällt, aber ist halt einer aus der Bildungsindustrie, ein Schulleiter. Das F-Niveau lässt sich auch mit zusätzlich F-Stunden und Halbklassenunterricht nicht verbessern, weil die Grundlagen in D fehlen, die F-Lehrmittel unbrauchbar sind (sie werden jetzt ersetzt, 100 Mio hat man da schweizweit in den Sand gesetzt) und dann muss ja auch noch E gepaukt werden. Die Fremdsprachen-Dosis macht das Gift. 1 Fremdsprache ab der 5, es ist egal ob E oder F, im Sinne von Harnos müsste es E sein, gesamtschweizerisch. Die 2. Fremdsprache ab der Oberstufe. Hopp TG, schaff den 2-Frühfremdsprachen-Irrsinn in der Primar ab. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

amul

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kanton/Eine-Chance-fuer-das-Fruehfranzoesisch;art123841,4965321>

Mit oder ohne Frühfranzösisch wird es schwierig



Der Französischunterricht auf der Primarstufe ist für die Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer unbefriedigend. (Mareycke Frehner)

LEITARTIKEL · "Englisch kann heute jeder. Wer aber beherrscht noch zwei bis drei weitere westeuropäische Sprachen? Wohl nur wir Schweizer." Das schreibt David Angst, Chefredaktor der Thurgauer Zeitung in seinem Leitartikel zum Thema Frühfranzösisch im Thurgau.

David Angst

In einem Punkt sind sich die meisten einig: Irgendetwas muss sich ändern. Der Französischunterricht auf der Primarstufe ist für die Mehrheit der Lehrerinnen und Lehrer unbefriedigend. Sie sind frustriert. Aus diesem Grund lancierten einige Kantonsräte vor drei Jahren eine Motion zur Abschaffung des Französischunterrichts in der Primarschule. Urs Schrepfer und seine Kollegen waren selber etwas überrascht, dass der Grosse Rat ihnen folgte.

Mit der Motion brachte das Kantonsparlament den Thurgau in eine verzwickte Lage. Er wird in der letzten «NZZ am Sonntag» als unbeugsames Dorf widerspenstiger Gallier dargestellt, eine Rolle, die ihm eigentlich nicht liegt. Der Vergleich mit Asterix und Obelix passt eher zu den Innerrhödlern. Diese sträuben sich ja seit eh und je gegen das Frühfranzösisch, ohne dass jemand mit der Wimper zuckte. Beim Thurgau wird gleich eine Drohkulisse aufgebaut, und die verfehlt ihre Wirkung nicht.

Nun muss, bzw. darf der Grosse Rat am kommenden Mittwoch noch einmal über den Fremdsprachenunterricht abstimmen. Das ist eine Chance, in aller Ruhe darüber nachzudenken, was für den Thurgau das Beste ist. Leider gibt gemäss DEK die Wissenschaft keine eindeutigen Anhaltspunkte. Es müssen deshalb andere Kriterien berücksichtigt werden.

Von den verschiedenen Modellen, die zur Debatte stehen, sind grundsätzlich alle umsetzbar, aber keines ist einfach. Der Grosse Rat kann die Vorlage ablehnen, sprich, seinen Entscheid von 2014 rückgängig machen und den Französischunterricht ab der fünften Klasse weiterführen. Ein Entscheid, der nur dann befriedigt, wenn das Erziehungsdepartement Lehrmittel, Methodik und die Lehrerausbildung unter die Lupe nimmt. Dasselbe gilt für eine Verschiebung des Unterrichts auf die sechste Klasse – den Kompromissvorschlag des Erziehungsdepartements. Die Frage ist, ob damit der Bund und die anderen Kantone zufrieden wären – sie haben sich ja explizit auf die fünfte Klasse geeinigt.

Der Thurgau kann aber auch seinen eigenen Weg gehen und den Französischunterricht ganz auf die Oberstufe verlagern. Dabei riskiert er aber, dass er in der Eidgenossenschaft als Eigenbrötler angesehen wird. Er müsste diesen Weg jedenfalls gut begründen. Es bedeutet auch, dass er unter Umständen (Zürich stimmt am 21. Mai ab) nur Innerrhoden als Partner hat. Das kann die Lehrmittelbeschaffung verteuern. Schüler, welche umziehen oder in einem Nachbarkanton zur Schule gehen, werden benachteiligt. Und es heisst auch, dass die Oberstufe durch den Fremdsprachenunterricht mehr belastet wird. Gerade sie, die ohnehin schon ein Kampfplatz unterschiedlichster Bildungsansprüche ist, weil hier die Weichen für die berufliche Zukunft gestellt werden müssen.

Wenn man Französisch zu 100 Prozent auf die Oberstufe verlagert, so muss man dort zwingend mehr Lektionen einplanen. Was nämlich auf jeden Fall verhindert werden muss, ist eine Degradierung des Französischunterrichts zum Nebenfach. In diesem Punkt sollten sich sämtliche bildungsfreundlichen Gruppierungen einig sein.

Dies aus zwei Gründen. Erstens ist die Art und Weise, wie die Schweiz mit ihrer Vielsprachigkeit umgeht, eines der zentralen identitätsstiftenden Merkmale unseres Landes. Der gelebte Föderalismus und der Zusammenhalt über die Sprachgrenzen hinweg sollte keine leere Floskel werden, sondern mit Überzeugung und Anstrengung gepflegt werden.

Der zweite Grund ist der wirtschaftliche Standortvorteil: Es gibt eine gefährliche Tendenz in der Deutschschweiz, nur noch Englisch als wichtige Fremdsprache anzusehen – und Französisch als mühsame folkloristische Verpflichtung, ja fast schon als Schikane. Diese Haltung ist falsch. Englisch kann heute jeder. Wer aber beherrscht noch zwei bis drei weitere westeuropäische Sprachen? Wohl nur wir Schweizer.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/thurgau/kanton/Mit-oder-ohne-Fruehfranzoesisch-wird-es-schwierig;art123841,4968547>

Tagblatt, 26. April 2017

Lehrer sind die Leidtragenden

Kleinklassen werden auch in Wil zum Auslaufmodell.

BILDUNGSPOLITIK · Die Stadt Wil möchte die separate Beschulung von lernschwachen Kindern aufgeben und ganz auf integrative Modelle setzen. Ein Kleinklassenlehrer aus dem Mattschulhaus kritisiert das scharf.

Ursula Ammann

Schüler X kommt im Unterricht nicht mit. X hat Mühe, den Stoff zu begreifen und zu behalten. X existiert so nicht, steht aber für die Summe aller Kinder mit Lernschwierigkeiten. Bis vor einigen Jahren wurden diese hauptsächlich in Kleinklassen beschult. Heute sitzen sie vermehrt in Regelklassen, wo sie von Heilpädagogen individuelle Förderung erhalten. Diesen Weg der «integrativen Beschulungsform» möchte auch die Stadt Wil weiterverfolgen. Das schreibt der Stadtrat in der Antwort auf die Interpellation «Förderkonzept Wil» von Eva Noger (Grüne Prowil).

Die Stadt plant, «verschiedene Varianten mit Auflösung von einigen oder allen Kleinklassen auf der Primarschulstufe zu entwickeln», geht aus der Antwort weiter hervor. Statt der separaten Beschulung sollen lernschwache Schülerinnen und Schüler in Regelklassen integriert werden. Bei jenen, die den Unterricht zu sehr stören könnten, sieht der Stadtrat Modelle wie beispielsweise Time-out-Lösungen oder Lerninseln als «flexiblere und durchlässigere» Alternativlösung zu Kleinklassen.

Den Richtungswechsel in der Schule miterlebt

Der Wiler Heilpädagoge René Walcher kritisiert diesen Richtungswechsel scharf. Einerseits ist er überzeugt, dass die Stadt sich durch die Einführung neuer Modelle ins Chaos stürzt. Andererseits bemängelt er, dass sich die Behörden nur auf Studien berufen, welche die Vorteile des integrativen Unterrichts betonen, jedoch jene ausblendet, welche die Nachteile aufzeigen. Er ist überzeugt, dass Kleinklassen der integrativen Beschulungsform keineswegs unterlegen sind. Walcher setzt sich intensiv mit dem Thema auseinander und hat neben Leserbriefen auch zahlreiche Dossiers verfasst, die er auf einer eigenen Website zum Download anbietet. In seiner jüngsten Arbeit mit dem Titel «Zur Abschaffung der Kleinklassen in Wil» zeigt er anhand verschiedener Studien auf, dass die integrative Beschulungsform weitaus schlechter ist als ihr Ruf und die Lehrerschaft vor höchste Anforderungen stellt.

René Walcher arbeitet seit 30 Jahren als Kleinklassenlehrer am Mattschulhaus in Wil. Er hat miterlebt, wie die separative Beschulungsform, wie sie in Kleinklassen stattfindet, mehr und mehr in Kritik geriet und vielerorts durch die Integration und individuelle Förderung lernschwacher Kinder in den Regelklassen ersetzt wurde. Die Leidtragenden dieses Systemwechsels seien die Lehrpersonen, sagt René Walcher. «Für diese ist die Belastung in integrativen Modellen extrem hoch.» Nur werde die Basis in die Diskussion gar nicht mit einbezogen und es sei auch nicht erwünscht, dass sich Lehrerinnen und Lehrer öffentlich äussern, sagt René Walcher. Er selbst könne sich das «leisten», weil er im Sommer pensioniert werde. Für dieses «den Mund auf tun» hat der Heilpädagoge nach eigenen Angaben bis anhin schon rund 35 positive Rückmeldungen per E-Mail bekommen – sei es von Lehrpersonen oder Parlamentariern.

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/wil/Lehrer-sind-die-Leidtragenden;art119831,4965213>

Die Netzseite von René Walcher: *Schulreformen und guter Unterricht*

<http://walcher1.magix.net/>

Wie ein Ausbildungscamp für Manager



Das seit Jahren an der HSG stattfindende St. Gallen Symposium sieht sich als Ort des Gedankenaustauschs. Die Ausrichtung ist zu einseitig, finden Kritiker. (Bild: Urs Bucher)

KRITIK · Ulrich Thielemann, Ex-Vizedirektor des Instituts für Wirtschaftsethik an der HSG, prangert die fehlende Vielfalt der Meinungen am St.Gallen Symposium an. Auch die Universität St.Gallen selber greife die negativen Folgen von Macht und Markt zu wenig auf.

Interview: Thorsten Fischer

Ulrich Thielemann, Sie kehren als Wirtschaftsethiker für ein Podiumsgespräch nach St.Gallen zurück. Den Ort, wo Sie im Jahr 2009 wegen Kritik am Schweizer Bankgeheimnis im Gegenwind standen. Welche Gefühle löst das in Ihnen aus?

Gemischte Gefühle, aber eigentlich waren meine Gefühle auch bereits in früheren Jahren eher gemischt. Ich war ja vor allem am Institut für Wirtschaftsethik bei und mit Professor Peter Ulrich tätig, der das IWE 1989 gegründet hatte und dann leitete. Mit der HSG hatte ich – abgesehen von einigen Lehraufträgen – eher wenig zu tun. Das IWE war aus meiner Sicht eher zufällig an der HSG angesiedelt. Das IWE stand stets in einer gewissen Spannung zur eher neoliberal geprägten HSG. Meinem Eindruck nach interessierte sich die Universitätsleitung aber auch nicht sonderlich für die Inhalte der Tätigkeit am IWE – jedenfalls solange man sich nicht öffentlich äusserte.

Nun sprechen Sie an einem Anlass, der sich kritisch mit dem jährlichen St.Gallen Symposium an der HSG auseinandersetzt. Welchen Eindruck haben Sie vom Symposium?

Mir scheint, da trifft sich eine selbst ernannte Elite, die vor allem daran arbeitet, die globalen Vermögensbestände weiter zu steigern, was man Erfolg nennt. Es ist schon atemberaubend und einfach anmassend, wie man sich, ohne je dazu gewählt zu sein, als «Leaders of Today» und «Leaders of Tomorrow» bezeichnen kann. Diese «Führer» treten dabei mit dem Anspruch auf, in einem exklusiven Zirkel «Lösungen für die Probleme dieser Welt» auszutüfteln. Das Symposium, so wie es sich heute darstellt, ist an der HSG angesiedelt, nicht weil diese im Wesentlichen eine Wirtschaftsfakultät ist. Das sind andere auch. Sondern wegen ihres elitären Anspruchs. Mir kam das immer vor wie ein Ausbildungscamp für angehende Manager. Nur will man das «Beste» sein. Abweichende Stimmen stören dann natürlich.

Die Studenten, die am St.Gallen Symposium teilnehmen, kommen aus vielen Ländern. Junge Menschen, die sich in Projekten mit der Zukunft auseinandersetzen und durchaus die Absicht haben, die Welt besser zu machen – und wohl kaum, sie zu verschlechtern.

Die entscheidende Frage ist doch, was genau unter einer «Verbesserung» zu verstehen ist.

Was gehört aus Ihrer Sicht zu einer besseren Welt?

Zunächst einmal wäre es eine Welt, in der die Polarisierung der Einkommen und Vermögen geringer ausfällt als heute. Dazu gehört auch, dass es weniger Abgehängte gäbe. In einer besseren, in einer gerechteren Welt würden die Lebensverhältnisse auch nicht dauernd weiter ökonomisiert. Es gäbe auch andere, gleichberechtigte Relevanzen als allein den Markterfolg, etwa solche der Sinnhaftigkeit und der Achtung anderer um ihrer selbst willen. Heute gilt jedoch überall das Mantra des Business-Case: Was dem eigenen finanziellen Erfolg dient – natürlich dem langfristigen, dem tatsächlichen – ist auch gut für alle anderen. Es erübrigt sich dann, grundlegende Konflikte zwischen Erfolgsstreben und Gerechtigkeit zu thematisieren.

Seit der Finanzkrise sind aber schärfere Regeln aufgestellt worden, und auch in der Lehre sieht man gewisse Abläufe kritischer. Malen Sie angesichts dieser Fortschritte nicht in zu düsteren Farben?

Ob der Neoliberalismus, der die Herrschaft des Marktprinzips etablieren will, durch die Finanzkrise entthront wurde, daran habe ich meine Zweifel. Einige Autoren meinen, er sei heute sogar stärker als je zu-

vor. Schliesslich dreht sich, um nur ein Beispiel zu nennen, in der Politik weiterhin alles um die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Allerdings hat sich das Gesicht des Neoliberalismus gewandelt. So sieht auch der Neoliberalismus in der nach wie vor steigenden Einkommens- und Vermögenspolarisierung ein Problem. Aber nicht, weil sie ungerecht ist, sondern nur soweit sie das Wachstum schwächt und die Gewinnaussichten verschlechtert.

Nochmals konkret zum St.Gallen Symposium: Wie müsste es denn aussehen, damit Sie persönlich gerne daran teilnehmen?

Das eitle Statusgehabe würde mich ohnehin eher abstossen. Und ich will ja den Veranstaltern auch gar nichts vorschreiben. Allerdings ist das Symposium eine eminent politische Veranstaltung, was bereits daraus ersichtlich wird, dass dort stets zahlreiche Minister – häufig übrigens aus Steueroasen – vertreten sind. Darum darf man schon fordern, dass auf dieser Veranstaltung mindestens ein Moment echter Vielfalt Einzug hält. So war es ja auch in den Anfängen in den 1970er-Jahren. Nun aber sitzt da eine Art verschworene Gemeinschaft. Allen ist klar, wohin die gesellschaftliche Reise gehen soll. Die Macht der Vermögenden und ihrer Zudiener soll nämlich auf keinen Fall beschränkt werden. Dieses Jahr etwa feiert man das «Disruptive», also das Zerrüttende, des globalisierten Kapitalismus. Das Motto lautet: Zerrütte oder Du wirst selbst zerrüttet.

Ist das Motto der Zerrüttung aber nicht viel umfassender und nicht nur negativ gemeint? Manches im Leben kann das Individuum nur begrenzt mitbestimmen. Wenn das Symposium nun nach Wegen sucht, mit dem Wandel umzugehen, ist das doch positiv?

Der Begriff ist an sich belegt. Er meint die Zerstörung bestehender Einkommensposition. Etwa die von Taxifahrern durch Uber. Angesprochen ist damit schlicht der Wettbewerb, der bekanntlich Gewinner und Verlierer schafft. Und damit an sich auch den Wohlstand steigert. Nämlich dadurch, dass die Taxifahrer – vorausgesetzt, Uber schafft es, das jeweilige Personenbeförderungsrecht sowie das Arbeitsrecht zu umschiffen – sich eine neue Stelle suchen müssen. Ob und wo genau die Zerstörung der bisherigen Lebenssituation anderer gut oder schlecht ist, ist eine politische Frage. Sie prinzipiell zu bejahen ist blanker Ökonomismus. Das Symposium fordert die eingeladenen «Leaders of Tomorrow» ausdrücklich auf, «disruptive Ideen» auszuarbeiten. Dies dürfte die Investoren freuen. Dass es dadurch mehr Abgehängte geben wird, interessiert nicht.

Sehen Sie die HSG in einer besonderen Verantwortung?

Ich finde schon. Denn zur Wissenschaftlichkeit gehört Pluralität.

Auch wenn es in der Wirtschaft hin und wieder Exzesse gibt – in den letzten Jahren haben sich Politik und Wirtschaft mit vielen brennenden Fragen auseinandergesetzt und Anpassungen vorgenommen. Wäre es damit nicht an der Zeit, wieder stärker nach vorne zu schauen?

Der Neoliberalismus wird weniger offensiv, weniger plump vertreten als vor der Krise. Aber er ist im Kern noch genauso da. Auf der Ebene der Unternehmen zeigt sich dies daran, dass unverantwortliches Geschäftsgebahren nur als eine Frage von Geschäftsrisiken verstanden wird. Solange sich das nicht ändert, wird sich die Reputation von Firmen nicht dauerhaft verbessern. Nach vorne zu schauen bedeutet aus meiner Sicht, dass man sich vom Ökonomismus verabschiedet. Das heisst: Es ist eben nicht legitim, alles daran zu setzen, dass die Gewinne so hoch wie möglich sind. Das Leben, auch das Wirtschaftsleben, soll sich nicht nur um Rentabilität und Markterfolg drehen.

Umfassende Sicht auf die Marktwirtschaft

Der 1961 geborene Ulrich Thielemann leitet die Berliner Denkfabrik für Wirtschaftsethik MeM. Zuvor war der deutsche Wirtschaftsethiker mehrere Jahre in der Ostschweiz tätig. Staub aufgewirbelt hatte Thielemann im Frühling 2009: Vor dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestags hielt er fest, in der Schweiz respektive bei deren Exponenten gebe es ein fehlendes Unrechtsbewusstsein im Zusammenhang mit Bankgeheimnis und Steuerfragen. Zu jener Zeit war Thielemann Vizedirektor des Instituts für Wirtschaftsethik an der HSG in St.Gallen, das er 2010 verliess. Mit der Denkfabrik will Thielemann Perspektiven für eine menschliche Marktwirtschaft eröffnen. Morgen Freitagabend spricht er im Palace in St.Gallen über das St.Gallen Symposium, Wirtschaft und Märkte. (T.F.)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/Wie-ein-Ausbildungscamp-fuer-Manager;art120094,4966444>

Südostschweiz, 28.04.2017

Das spricht für und gegen den Lehrplan 21

Am Mittwoch sind der Lehrplan 21 und seine Einführung, die 2018 stattfinden soll, in Tomils diskutiert worden.

Schon bald werden Schüler in Graubünden anhand eines neuen Lehrplans unterrichtet: Dem Lehrplan 21. Dieser neue Lehrplan wird in anderen Kantonen auf jeden Fall eingeführt und auch in Graubünden ist seine Einführung beschlossen. Er soll ab Herbst 2018 eingesetzt werden, ist aber äusserst umstritten.

Am Mittwoch fand in Tomils im Domleschg eine Podiumsdiskussion zum Lehrplan 21 statt. Radio Südostschweiz hat Stimmen für und gegen den Lehrplan 21 eingefangen.

Man beachte: Link zu den mündlichen Beiträgen

<http://www.suedostschweiz.ch/panorama/2017-04-28/das-spricht-fuer-und-gegen-den-lehrplan-21>

Schule Schweiz, 28. April 2017

Elterninformation Kanton Schwyz

Die untenstehende Folie ist Teil einer Präsentation, die Schwyer Eltern zum Lehrplan 21 gezeigt wird. Abgesehen davon, dass diese Aufzählung lückenhaft ist, weist die Folie auch offensichtliche Fehlinformationen auf. Ist dies ein Zeichen von Arroganz oder schlicht Ignoranz? Wer sich mit der Thematik befasst, sollte differenzierter argumentieren können. (uk)

[Link zur Präsentation](#)

Bildungsdepartement



Wozu ein neuer Lehrplan?

- Politische Legitimation
 - Volksabstimmung von 2006 (85.6% Ja)
- Synergien durch gemeinsame Erarbeitung
 - Lehrmittelentwicklung
 - Lehrerinnen- und Lehrerbildung
- Vorteile
 - Aktualisierung Inhalte
 - Umzug in andere Kantone
 - Übertritt in Berufsschule und Gymnasium

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/04/elterninformation-kanton-schwyz.html>

Mehr Kurioses:

Schüler sollen im See schwimmen lernen

Luzerner Zeitung

[Neue Idee: Ab in den See](#)

20 Minuten

[Hallenbäder fehlen](#)

1 Kommentar von 141

April? Ist das ein verspäteter Aprilscherz? Das geht aber gar nicht Prinzessinnen und Prinzen solches zuzumuten.

Schule Schweiz, 23. April 2017

Kompetenzorientierung ist Gegenteil von humanistischer Bildung

Der Psychologe Weinert konstruierte 1998 für die OECD eine „Kompetenzorientierung“, die nun mit dem Lehrplan 21 daherkommt und unser humanistisches Bildungssystem an die Wand fährt. Pisa zeigt klar auf, dass Länder, die das traditionelle Bildungssystem hochhalten – wie die asiatischen – auf den Spitzenplätzen landen, während Länder, die die Kompetenzorientierung eingeführt haben – wie GB, Neuseeland, Finnland usw. – seither immer weiter abstürzen. Zahlreiche kompetenzorientierte Experimente wie der „selbstgesteuerte“ Wochenplan usw. lassen auch die Schweiz seit Pisa 2012 in allen Fächern abstürzen: 20% der Schulabgänger sind kaum vermittelbare funktionale Analphabeten.

LP21-OECD-Kompetenzorientierung verdrängt unsere humanistische Bildung, Peter Aebersold, 23.4.

Das humanistische Bildungssystem orientiert sich an der Natur des Menschen, Wissen wird von einer Generation an die nächste weiter gegeben. Je mehr Wissen ein Lehrer hat, desto mehr kann er an seine Schüler weitergeben. Bisher haben die Lehrpläne in der Volksschule garantiert, dass die Schüler bis Schulende genügend grundlegendes und umfassendes Wissen gehabt haben, um einen nahtlosen Übergang in die Berufsausbildung oder ein weiterführendes Studium zu ermöglichen. Lernen, Lernziele und Lehrmittel sind altersgerecht, strukturiert und vom einfachen zu schwierigen aufgebaut. Die Lehrer vermitteln den vorgegebenen Stoff im direkten Klassenunterricht so effizient wie möglich, damit alle Schüler die Lehrplanziele erreichen können. Um alle mitnehmen zu können, werden möglichst homogene Klassen gebildet. Ob das nötige Wissen in ausreichender Qualität vorhanden ist, wird mit einem effizienten und transparenten Prüfungs- und Notensystem ermittelt. Die Methoden- und Lehrmittelfreiheit ermöglicht jedem Lehrer, die bestmöglichen Methoden zu wählen, um die vorgegebenen Stoffziele erreichen zu können.

Die OECD-„Kompetenzorientierung“ ist das pure Gegenteil der humanistischen Bildung. Sie will nur diejenigen Kompetenzen fördern, die in der globalen Wirtschaft angeblich benötigt werden. Deshalb sind die Lehrpläne mit Tausenden von Kompetenzschritten ausgestattet, die eine „massgeschneiderte“ Auswahl an Kompetenzen ermöglichen sollen. Es wird nicht mehr umfassend, sondern nur noch exemplarisch gelernt, überfordernde Aufgaben stehen neben unterfordernden. Die Methode „Kompetenzorientierung“ kommt vor dem Stoff oder dem Lerninhalt, deshalb besteht auch Methoden- und Lehrmittelzwang. Klassenunterricht ist verpönt, die Lehrer sind nur noch „Lernbegleiter“ und dürfen nicht mehr unterrichten. Der Schüler soll alleine, selbstbestimmt und „selbstgesteuert“ mit den obligatorischen LP21-Selbstlern-Lehrmitteln lernen. Was, wann, wie und ob er lernt, kann er selber bestimmen. Die Kompetenzorientierung geht von der Idee aus, dass je weniger der Schüler auf den Lehrer angewiesen sei, desto selbstbestimmter könne er lernen. Dass das „selbstgesteuerte Lernen“ viel länger dauert und der Schüler dabei weniger als die Hälfte des bisherigen Wissens erwirbt, wird in Kauf genommen. Die Kompetenzorientierung trägt der Tatsache nicht Rechnung, dass Lernen in erster Linie ein zwischenmenschlicher Prozess ist, in dem der Lehrer einen der wichtigsten Plätze einnimmt.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/04/kompetenzorientierung-ist-gegenteil-von.html#more>

Grenchner Tagblatt, 27.4.2017

Lehrplan 21 «wird nicht das Ei des Kolumbus sein»

von Ornella Miller — az



Engagierte Diskussion (v. l.): Raimund Baumgartner, René Steiner, Alain Pichard, Moderator Marco Jaggi, Beat Zemp, Dagmar Rösler und Anderas Gasche.

Raimund Baumgartner (CEO CWA), Rene Steiner (EVP), Alain Pichard (Oberstufenlehrperson), Marco Jaggi (Moderation), Beat Zemp (Praesident des Dachverbandes Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH), Dagmar Roesler (Praesidentin LSO), Andreas Gasche (Geschaeftsfuehrer Kantonal-Solothurnischer Gewerbeverband) Säulenhalle Landhaus LP 21 Lehrplan 21 Schulwesen

Thomas Ulrich

Am 21 Mai stimmen die Solothurner über die Einführung des Lehrplan 21 ab. Die Diskussionen dazu sind engagiert, die Meinungen gespalten.

Am Mittwochabend kreuzten bei einem gut besuchten Podium im Landhaus Solothurn Lehrplan-21-Befürworter und –Gegner die Klängen. Auf Gegner-Seite standen René Steiner (EVP), Co-Präsident des Initiativkomitees gegen den neuen Lehrplan, Oberstufenlehrer Alain Pichard (GLP, Biel) sowie Raimund Baumgartner, CEO der CWA Constructions SA Olten

Befürworter waren Beat Zemp, Präsident des Schweizerischen Lehrerverbandes, Dagmar Rösler, Präsidentin des Solothurner Lehrerverbandes und Andreas Gasche, Geschäftsführer des Kantonalen Gewerbeverbandes.

Moderator Marco Jaggi von Radio SRF gab fünf Themen vor: Harmonisierung, Wirtschaft, Kompetenzen, Lehrerrolle sowie Fächerkanon. Er fragte, was das Komitee mit «Harmonisierungsbschiss» meine.

Steiner kritisierte, dass man das Ziel, Umzüge von Familien zu erleichtern, nicht erfülle und somit den Verfassungsauftrag nicht umsetze, den das Stimmvolk guthiess. Jahrgangsziele seien abgeschafft, der Fremdsprachenunterricht sei uneinheitlich. «Ein Schüler hat davon gar nichts. Man weiss nicht einmal von Gemeinde zu Gemeinde, wo die Schüler stehen.» Pichard fand, es sei diesbezüglich ein Rückschritt.

Zemp: «Die Verfassung verlangt nicht Jahresziele, sondern Stufenziele für die drei Stufen. Noch nie wurde so viel koordiniert wie jetzt.» Manches wie die Studentafel sei bloss eine Empfehlung, Bildung liege letztlich in der Hoheit der Kantone. Es sei allen klar, wohin man kommen müsse, es gebe Orientierungspunkte. Rösler sagte, der Lehrplan 21 sei nur ein Teil von Harnos. Zudem bedeute Harmonisierung nicht Gleichmacherei.

Wissen oder Kompetenzen?

Die Kompetenzorientierung und die Selbststeuerung gaben viel zu reden. Steiner sagte, es sei ein Paradigmenwechsel, die Schwachen würden überfordert. Pichard beanstandete die fehlenden Inhalte: «Ob man sich Textverständnis mit einer Staubsaugeranleitung aneignet oder mit was auch immer, wird nun völlig egal.»

Dass man die Kompetenzorientierung deshalb fokussiere, weil es gerade international im Trend sei, kritisierte er. Früher hätte man einen Lehrplan aufgrund dessen legitimiert, was in der Gesellschaft gefordert werde. Der Lehrplan 21 sei vorrangig Instrument der Unterrichtsvorbereitung und er diene vor allem der Vergleichbarkeit etwa zwischen Schulen. «Um Daten zu generieren», so Steiner. Sie seien nicht gegen Kompetenzen, aber Wissen sei Voraussetzung dafür. Dem stimmten auch die Lehrplan-21-Befürworter zu.

Zemp sagte, der Trend zu Vergleichstests habe mit der gestiegenen Rechtfertigungspflicht zu tun, es sei ja viel Geld damit verbunden. Der «Testzirkus» sei nicht Lehrplan-21 spezifisch, das habe man früher schon bei der Rekrutenprüfung gehabt. Rösler meinte: «Ich habe den Lehrplan 21 nicht erfunden, es ist nicht auf dem Mist der Lehrerverbände gewachsen, wir werden damit arbeiten.» Er sei praxistauglich, das sei für sie der wichtigste Grund, den zu befürworten. Die Kritik an der hohen Zahl der Kompetenzen wies sie zurück, die früheren Lernziele seien ebenso zahlreich.

«Nicht neu» in der Wirtschaft

Andreas Gasche vom Gewerbeverband sagte, die Kompetenzorientierung sei in Wirtschaft und Berufsbildung nichts Neues. Baumgartner fand, die Tatsache, dass alle kompetenzorientiert arbeiteten, sei kein Grund auch dafür zu sein. Gerade in der Wirtschaft müsse man speziell sein, sich abheben, um Erfolg zu haben. «Wenn ich eine neue Maschine anschaffe in der Fabrik, dann lasse ich die Mitarbeiter daran nicht selbstbestimmt lernen.»

Während Gasche meinte, fürs Gewerbe bringe der neue Lehrplan keine Veränderung, warnte Baumgartner: «Ich befürchte, dass es schlechter wird. Die ganz Guten werden mithalten können. Aber unsere Wirtschaft lebt von jenen im Mittelfeld.» Pichard bemängelte den fehlenden «Kanon»: «Unsere Gesellschaft, die stets weiter auseinanderdriftet, braucht gewisse Gemeinsamkeit.»

Methodenzwang für die Lehrer?

Immer wieder tauchte die Frage auf, ob mit dem Lehrplan 21 die Methoden sowie die Unterrichtsmittel schon vorgegeben würden. Zemp und Rösler verneinten einerseits, andererseits gab Zemp zu bedenken, dass man an Harmonisierung gewinnen würde, wenn man sich auf Lehrmittel einigen würde

Dass die Angst vor diesbezüglichem Zwang und Sanktionen gross ist, zeigten auch Voten und Reaktionen aus dem Publikum. Offenbar ist ein Spielraum vorhanden, doch, so Zemp: «Eine Lehrperson kann sich seinen Lehrplan nicht selber machen.» Die Funktion als «Coach» stellte Pichard beim Thema Lehrerrolle in Frage. Für ihn sei wichtig, dass er als Lehrer selber entscheiden könne, welche Methode er anwende, das sei je nach Schüler anders.

Allgemein sah Zemp Einiges lockerer als die Gegner. «Das ist nun schon der dritte Lehrplan, den ich miterlebe. Auch das wird nicht das Ei des Kolumbus, und in 20 Jahren werden wir wieder einen ändern haben.» Er strich als positiv hervor, dass er von hundert Lehrpersonen erstellt wurde, nicht von Erziehungswissenschaftlern. Bemerkungen aus dem über 60-köpfigen Publikum waren allesamt kritisch bis ablehnend.

Eine Frau schilderte etwa, wie ihr Sohn, ein guter Schüler, im Matheunterricht nach neuem Lehrplan eine «Riesenliste» mit Aufgaben erhielt, auch mit neuen Themen, die er sich selber hätte erarbeiten müssen und wie er überfordert war. «Müssen 20 Kinder bei der Lehrperson anstehen? Was für eine Verschwendung von Ressourcen und Zeit!»

<https://www.grenchnertagblatt.ch/solothurn/kanton-solothurn/lehrplan-21-wird-nicht-das-ei-des-kolumbus-sein-131273125>

Lehrplan 21: Verflechtung von Wissen und Kompetenz

Leserbrief

Nein, ich bin nicht grundsätzlich gegen einen "kompetenzorientierten" Unterricht, der im Rahmen des neuen Lehrplans 21 eingeführt werden soll. Im Gegenteil: Ich bin Befürworter der Verflechtung von Wissen und Kompetenz, weil - richtig umgesetzt - das die Unterrichtsform wäre, die das Lernen für den Schüler greifbar und sinnerfüllt macht und somit am ehesten Lernfreude (und folglich Lernerfolg) bedeuten würde.

André Wyss, Rohr

Genau deshalb bin ich begeistert von "Liveschooling" (natürliches, lebendiges Lernen), was insbesondere im Alltag und weniger auf einer Schulbank geschieht.

Warum ich dennoch sehr skeptisch bin, dass der LP21 der richtige Ansatz für die öffentliche Schule ist? Die bereits gemachten, schlechten Erfahrungen in anderen Ländern und Kantonen sollten eigentlich schon Alarmzeichen genug sein. Weshalb dieses Modell in der Umsetzung nicht funktioniert hat und auch nicht funktionieren wird, liegt auf der Hand:

Wenn zukünftig mehr Zeit für den kompetenzorientierten Unterricht verwendet wird, so bleibt weniger Zeit für die Wissensvermittlung. Der Schüler wirkt dann bestenfalls zwar "kompetent", ist es aber aufgrund des fehlenden (Basis-)Wissens doch nicht wirklich. Damit sowohl genügend Wissen *und* Kompetenz unterrichtet werden könnte, gäbe es nur eine Lösung: mehr Unterrichtszeiten. Dies ist aber aus verschiedenen Gründen nicht umsetzbar.

Kompetenzorientierter Unterricht verlangt von der Lehrperson zudem viel Zeit und Flexibilität. Es ist unmöglich 20 Schüler gleichzeitig individuell, gut und intensiv zu betreuen. Somit ist klar, dass die Schüler (mangels nötiger Betreuung) bei dieser Unterrichtsform zu kurz kommen werden. Die Lösung hier wäre: mehr Lehrpersonen. Aber auch das ist – in einer Zeit, in der über ein Aufstocken der Klassen-Schülerzahlen diskutiert wird - nicht umsetzbar.

Die Solothurner/innen haben die Chance, ein Konzept, das (im Rahmen einer öffentlichen Schule) aus genannten Gründen keine Erfolge aufweisen kann und wird und das vor allem zum Wohle von ein paar (Wirtschafts-)Verbänden – nicht aber zum Wohle unserer Kinder – entwickelt wurde, zu stoppen. Fragt sich: Haben wir den Mumm, uns gegen den Trend zu wehren? Oder fallen wir auch in den Modus von "man muss es halt machen, weil die anderen es auch tun"?

http://www.soaktuell.ch/index.php?page=/news/lehrplan-21-verflechtung-von-wissen-und-kompetenz_28943

Starke Volksschule Bern, 7. April 2017

Einführung des Lehrplanes 21 in den bernischen Schulen – Offene Fragen aus der Praxis

von [Redaktion](#)

Diesen Bericht aus der Praxis hat uns eine engagierte Lehrperson zukommen lassen. Er gibt einen interessanten Einblick in die laufenden obligatorischen Weiterbildungen der Lehrerinnen und Lehrer im Zusammenhang mit der Einführung des Lehrplans 21. Diese Erfahrungen aus der Praxis sind äusserst bedenklich und lassen Ungutes erahnen. Die Weiterbildungen kosten die Steuerzahler unseres Kantons 3 Millionen Steuerfranken.

Die Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist unbefriedigend angelaufen

Fazit: Schlecht organisiert, der Inhalt unklar, Kursteilnehmer bleiben fern ohne Konsequenzen. Im gleichen Fach (NMG) wird in unterschiedlichen Zyklen komplett anders vorgegangen. Alles bleibt eher unbestimmt und verschwommen. Schulhaus intern ist Verunsicherung spürbar. Der Kursaufbau und -inhalt ist weder effizient noch nachhaltig. Die Kernaufgabe in kompetenzorientiertem Unterricht wird weder klar erklärt noch definiert. „Vielschichtige Einstiegsmöglichkeiten, reichhaltige Aufgaben und neue Beurteilungsformen bekommen eine zentralere Bedeutung.“ Was damit aber gemeint sein könnte, müssen die Kursteilnehmenden selber erarbeiten, herausfinden, im Austausch erfinden. Die Aufträge, welche selbstständig in Gruppen bearbeitet werden sollen, sind frei und offen. Kollegien geben Gegensteuer, erteilen sich selber Aufträge, die sinnvoll und praktisch anwendbar sind. Ihr Ziel ist klar: Sie wollen die Zeit nutzen und dem Unsinnigen etwas Sinn einhauchen, auch damit die unterrichtsfreie Zeit der Schülerinnen und Schüler wenigstens einigermaßen gerechtfertigt ist und gegen aussen vertreten werden kann.

Problemfall Französischunterricht

Lehrpersonen von Frühfranzösisch treffen sich für einen Austausch mit Lehrpersonen der Oberstufe in einer Arbeitsgruppe. Die Gesprächsergebnisse sind ernüchternd, das Lehrmittel „Mille feuille“ erfüllt die Erwartungen bei weitem nicht:

- „Je me présente...“ ist die einzige scheinbar nachhaltige Kompetenz
- Der Wortschatz der Spezialthemen im Lehrmittel ist nicht brauchbar
- Das Sprachbad und die erwünschten Erkenntnisse greifen nicht
- Altbewährte Methoden wurden abgeschafft, aber das Neue ergibt keine Nachhaltigkeit
- Im Unterricht finden keine Konversationen statt

Der methodische Aufbau und der komplett neue Ansatz des Lehrmittels sind unbrauchbar. Lernen, üben und vertiefen fehlen grundsätzlich!

Die Lehrpersonen wären darauf angewiesen, dass eine konsequente Überarbeitung stattfindet oder zur Erkenntnis gestanden würde, dass das Lehrmittel untauglich ist!

Die Lehrpersonen sind gezwungen abzuweichen, erweiterte Übungsformen und Lerninhalte einzubauen wie Alltagswortschatz, Grammatik und Rollenspiele.

Sehr viele Aufträge sind sinnlos oder inhaltlich wertlos. Das teure Wegwerflehrmittel rechnet sich in keiner Gemeinde, ausser die Lehrperson kopiert einzig die reichhaltigen Aufgaben und stellt ein eigenes Übungsdossier zusammen. So ist es aber nicht gedacht und vom Aufwand her nicht praktikabel.

In den Medien wird das Lehrmittel nach wie vor hochgepriesen, denn die Wahrheit darf nicht an die Öffentlichkeit gelangen.

Schulraumplanungen werden verunmöglicht

Wie viel Raum benötigt kompetenzorientierter Unterricht?

Was muss speziell beachtet werden bei der Umsetzung des Lehrplans 21, wenn ein Raumkonzept eines Schulhauses neu überarbeitet wird?

Schulkommissionen und Gemeindevertreter sind ratlos und treffen beim Nachfragen auf der Erziehungsdirektion auf ebenso fragende Gesichter. Von offizieller Auftraggeber Seite ist diese äusserst wichtige Entwicklung in die Zukunft weder geklärt noch durchdacht.

In diesem Zusammenhang stellt sich jede Schule die Frage, wie künftig der Hauswirtschaftsunterricht organisiert werden soll. In keinem Schuljahr sind mehr als 2 Lektionen vorgesehen, was die praktische Anwendung verunmöglicht. Kann eine Schulküche abgerissen werden? Wird dieses Fach theoretisch abgewickelt? Nachfragen auf der Erziehungsdirektion ergeben das sehr aufschlussreiche Ergebnis, dass es allen Schulen freistehe, wie dieses Fach organisiert wird.

Die Frage darf erlaubt sein, weshalb etwas geändert wird, wenn weder ein konkreter Plan noch ein durchdachtes Konzept vorliegt. Die Schulraumentwicklung ist blockiert durch die Einführung des Lehrplans 21.

Diese Erfahrungen aus der Praxis sind äusserst bedenklich und lassen Ungutes erahnen. Wie immer aber werden alle Fragen und Bedenken in diesem Zusammenhang durch die Verantwortlichen der Erziehungsdirektion des Kantons Bern heruntergespielt und schöneredet

<http://lehrplan21.be/>

Newsletter vom 30. 4. 2017

Fortschrittliche Lehrerverbände weisen den Weg aus der Sackgasse

Ist es ein Salto rückwärts, wenn die Zürcher Lehrerverbände die zweite Fremdsprache erst auf der Sekundarschule einführen möchten? Nein, ganz sicher nicht. Die Verbände schauen mit realistischem Blick in die Zukunft und überlegen sich, mit welchem Konzept unsere Schüler am besten Sprachen lernen. **Wird wie bisher mit zwei frühen Fremdsprachen weitergefahren, geht wertvolle Lernzeit auf Kosten anderer wichtiger Fächer verloren.** Die Fakten liegen auf dem Tisch, nur die Politik will sie nicht wahrhaben. Zwei Drittel der Schüler erreichen die elementaren Bildungsziele im Frühfranzösisch nicht. Beim Frühenglisch steht der stundenmässige Aufwand zum finalen Ertrag am Ende der Schulzeit in einem sehr ungünstigen Verhältnis. Die Spätler in Kantonen ohne Frühenglisch benötigen viel weniger Lektionen, um ans Ziel zu gelangen.

Die Lehrerverbände beweisen Mut, indem sie ein gescheitertes Sprachenkonzept nicht mehr länger verteidigen wollen. Sie haben aber gegen irreführende Schlagworte zu kämpfen, die sich tief in den Köpfen vieler Eltern festgesetzt haben. Nur ist es wirklich so schwer einzusehen, dass das Lernen von gleich drei Sprachen bei begrenzter Lektorenzahl für die meisten Schüler zu viel ist? **Der Preis für diesen Tanz auf drei Hochzeiten ist pädagogische Hektik und oberflächliches Lernen.**

Pädagogisch sind die Trümpfe klar auf der Seite der Lehrerverbände. Das weiss auch die Zürcher Bildungsdirektion. Sie versucht deshalb, mit dem für viele bedrohlichen Hinweis, man müsse das Englisch auf die Oberstufe verschieben, doch noch zu punkten. Doch der Entscheid zur Wahl der ersten Fremdsprache wird nicht in Bern und auch nicht von einem nicht revidierbaren Harnos-Konkordat bestimmt. Es ist durchaus Sache der Zürcher Regierung, aufgrund von pädagogischen Überlegungen des Bildungsrats, einen vernünftigen Entscheid zu treffen. **Wenn Zürich ja zur Volksinitiative sagt, kommt grosse Bewegung in die festgefahrene Sprachensituation.** Das wäre ein echter Fortschritt zugunsten unserer Jugend.

Dieser Newsletter steht im Hinblick auf die Volksabstimmung vom 21. Mai ganz im Zeichen der Fremdsprachenfrage. Auch die ausgewählten Leserbriefe befassen sich primär mit diesem Thema. Vielleicht regen die Texte einige zum Schreiben eines eigenen Leserbeitrags an. Das wäre eine starke Unterstützung für die Volksinitiative.

Wir wünschen viel Vergnügen und den Gewinn neuer Einsichten.

Für das Redaktionsteam «Lehrplan vors Volk»

Hanspeter Amstutz

Inhalt

- JA zu «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule»
- Qualitätsverlust für die Volksschulbildung
- Leserbriefe zur Fremdspracheninitiative
 - NZZ: Korrekturen am Sprachunterricht
 - ZürichseeZeitung: «Frengzöslisch» soll durchgeboxt werden
 - Zürcher Bote: Deutsch leidet unter Frühfremdsprachen
 - Zürcher Bote: JA zu «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule»
 - Zürcher Oberländer: Fremdsprachen-Unterricht vernünftig staffeln
 - Zürcher Unterländer
- Soll nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe unterrichtet werden?
 - Pro
 - Kontra
- EVP: Ja zur Fremdspracheninitiative
- BDP: Nur 1 Fremdsprache.
- Veranstaltungshinweise

[Zum Newsletter](#)

<http://lehrplan-vors-volk.ch/data/documents/Newsletter-170430.pdf>